

Die Gleichheit.

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post (eingetragen unter Nr. 3051) vierteljährlich ohne Bestellgeld 65 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Jahres-Abonnement Mk. 2.00.

Stuttgart
Mittwoch den 1. Januar
1902.

Zuschriften an die Redaktion der „Gleichheit“ sind zu richten an Frau Klara Jettin (Hundel), Stuttgart, Blumenstraße 34, III. Die Expedition befindet sich in Stuttgart, Furtwachs-Straße 12.

Einladung zum Abonnement.

Mit der vorliegenden Nummer beginnt der zwölfte Jahrgang der „Gleichheit“.

Wie bisher so wird die „Gleichheit“ auch fernerhin mit aller Energie und Schärfe kämpfen für die volle soziale Befreiung der proletarischen Frauenwelt, wie sie einzig und allein möglich ist in einer sozialistischen Gesellschaft. Denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen die Ursache jeder gesellschaftlichen Unterdrückung und Unfreiheit: die wirtschaftliche Abhängigkeit eines Menschen von einem anderen Menschen; denn nur in einer solchen verschwindet mit den jetzt herrschenden Eigentums- und Wirtschaftsverhältnissen der Gegensatz zwischen Besitzenden und Nichtbesitzenden, der soziale Gegensatz zwischen Mann und Frau, zwischen Skoparbeit und Handarbeit.

Die Aufhebung dieser Gegensätze kann jedoch nur erfolgen durch den Klassenkampf: die Befreiung des Proletariats kann nur das Werk des Proletariats selbst sein. Will die proletarische Frau frei werden, so muß sie sich der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung anschließen. Und nur ihr, keineswegs aber der bürgerlichen Frauenrechtelei, die zwar zu Gunsten des weiblichen Geschlechts innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft reformieren will, aber grundsätzlich eine Revolution der Gesellschaft zu Gunsten der ausgebeuteten Klasse zurückweist. Der charakteristische Standpunkt, der Standpunkt des Klassenkampfes aber muß in einem

Organ für die Interessen der proletarischen Frauen scharf und unzweideutig betont werden. Und dies um so schärfer, je mehr sich bürgerliche Frauenrechtlerinnen angelegen sein lassen, durch allgemeine humanitäre Phrasen und kleinliche Konzessionen an Reformforderungen der Arbeiterinnen Quertreibern unter die proletarische Frauenwelt tragen und sie dem Klassenkampf entziehen zu wollen.

Gerade aber die proletarischen Frauen für den Klassenkampf zu schulen, das wird auch in Zukunft die vornehmste Aufgabe der „Gleichheit“ bleiben. Ihrem alten Programm getreu wird die „Gleichheit“ auch im neuen Jahre rufen zu dem Streit, wo „ein Säben und Dräben nur gilt.“ Wir hoffen, daß sich das Blatt damit die alten Sympathien erhalten und neue Sympathien erwerben wird.

Redaktion und Verlag werden wie bisher Alles aufbieten, was in ihren Kräften steht, damit die „Gleichheit“ ihrer Aufgabe gerecht wird.

Die „Gleichheit“ ist im Reichspostzeitungskatalog pro 1902 eingetragen unter Nr. 3051, im württembergischen Katalog unter Nr. 121 und kostet vierteljährlich 55 Pfennig ohne Bestellgeld.

Probe- und Agitationsnummern der „Gleichheit“ werden jederzeit gratis abgegeben.

Recht zahlreichen neuen Abonnements sieht entgegen

Die Redaktion und der Verlag.

Nachdruck ganzer Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Inhalts-Verzeichnis.

Einladung zum Abonnement. — Unsere Tageslosung. — Wie die Zuckerindustriellen die Proletarierinnen schröpfen. Von Louise Zieg. — Von der Stellung der Frauen in Australien. Von a. br. — Aus der Bewegung. — Feuilleton: Neujahrsgruß. Von Andreas Schen. Feudaler Jammer. Von Heinrich Leuthold. (Gedichte.)

Notizentheil: Weibliche Fabrikinspektoren. — Dienstbotenfrage. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen. — Quittung.

Unsere Tageslosung.

Im Gedränge und Getöse des Feldzugs gegen die Zuckerzölle ging das alte Jahr zur Rüste, steigt das neue Jahr herauf. Eindringlicher als manches andere seiner Vorgänger kündigt sich 1902 als eine Zeit des heißesten, leidenschaftlichen Kampfes an. Einem Kampfes, dem hellodernd die feurigen Wahrzeichen des Klassenkampfes voranleuchten, und der vom Proletariat nur in diesem Wahrzeichen siegreich durchgeföhrt werden kann. Einem Kampfes, an dessen Ausgang die proletarische Frauenwelt ein allseitiges, tiefstes Interesse hat, den sie trotz ihrer politischen Rechtlosigkeit mitentscheidet, und für den sie folglich auch mitverantwortlich ist.

Das Ringen und Streiten gilt hohem Preise.

Schwerwiegend sind die Interessen, welche die Arbeiterklasse und mit ihr die Proletarierin als Konsumentin und Produzentin zu verteidigen hat gegen die schamlose Raffgier des Kleinen, aber schier allmächtigen Klüngels der frantjunterlichen und schlotjunter-

lichen Zollwucherer. Denn an den drohenden Theuerungspreisen und dem bedrohten Erwerb hängt auch für die proletarische Frau — und gerade für sie — mehr als nur das dornenvollste Sorgen um des Leibes Nahrung und Nothdurft, hängt ihre und der Ihren Gesundheit, Lebensfreude, Leistungsfähigkeit, Bildung und Sittlichkeit. Mit ehernen Sohlen müssen die unaufhaltsam heranstürmenden Folgen des Zollwuchers in den proletarischen Massen blühendes Menschenleben und knospendes Menschenthum zermalmen, das nach der wärme- und lichtspendenden Sonne einer höheren Kultur drängt.

Schwerwiegend sind auch die Interessen, welche die Arbeiterklasse und mit ihr die Proletarierin an der politischen Niederzwingung der beutefrechen Zollwucherer hat. Triumph oder Niederlage der Krippenreiter unserer Tage bedeutet nicht mehr und nicht weniger als Stärkung oder Erschütterung der politischen Junkerherrschaft, als Stärkung oder Erschütterung der noch übermächtigen Reste des Feudalregimes, in deren Schatten sich das kapitalistische Ausbeutenthum flüchtet und verdammungsfelig wohl sein läßt. Einem höllischen Ab gleich lastet diese Junkerherrschaft auf unserem politischen und sozialen Leben, Deutschlands Entwicklung zu einem wirklich modernen, demokratischen Staatswesen wehrend und damit Hinderniß über Hinderniß für den politischen und wirtschaftlichen Klassenkampf des Proletariats thürmend. Aus den ragenden starktrozigen Nesten des Feudalismus hat die deutsche Kapitalistenklasse gar manches politische Zwing-Urri für die Ausgebeuteten erbaut; aus seiner Rüstkammer gar manche wuchtige, infame Waffe im Kampfe gegen die ungeberdigen Lohnsklaven entlehnt; in dem blaublütigen Geburtsadel der Kanige und Mantenfuffel hat der goldhändige Geldadel der Stämmlinge noch immer seine getreuesten und skrupellosesten Bundesbrüder, seine politischen Hausknechte für alles gefunden.



Und ist es nicht die Proletarierin, die so gut wie ihre Brüder der Frohn und des Leidens, der Hoffnung und des Kampfes, unter diesem Stände der Dinge leidet, ja vielfach noch mehr wie diese ihre Brüder? Bessere Bildung, welche das Auge klarblickend, das Herz begeisterungs- und opferfähig, den Willen kühn macht, bedarf sie, die künstlich in Rückständigkeit und Stumpfsinn Gehaltene, so dringend wie jene. Noch weniger als ihre Klassen-genossen kann sie, die sozial Schwächere, die um ihrer Mutterschaft und deren Verpflichtungen willen Rücksichtsbedürftigere, durchgreifender sozialer Reformen entzathen. Erweiterung und Sicherung der politischen Freiheiten ist für sie, die politisch Rechtlose, von höchstem Werthe als eine Bürgschaft dessen, daß die Stunde näher rückt, in welcher das Ende ihrer politischen Unmündigkeit vor dem Gesetz schlägt. Allein ist nicht jede Reform, welche die Proletarierin als Angehörige der ausgebeuteten Klasse, welche sie als Angehörige des sozial unterdrückten weiblichen Geschlechts heischen muß, in den Junkern und Junkerengenossen den tödlichsten Feinden begegnet? Daß die Mauern der Junkerherrschaft gebrochen und geschleift werden, ist eine unerläßliche Vorbedingung dafür, daß das Proletariat siegreich zur politischen Macht emporsteigt, daß die Proletarierin gleich gerüstet, gleich wehrtüchtig, wie der Proletarier die Schlachten um Macht und Befreiung mitschlägt.

Nieder mit dem Zollwucher, nieder mit der Junkerherrschaft muß deshalb im neuen Jahre vor Allem die Tageslosung der proletarischen Frau sein, die leidbebürdet aber zukunfts froh dem inbrünstigen Sehnsuchtschrei: Sozialismus, dein Reich komme, den heiligen Eid schwur hinzufügt: Sozialismus, ich kämpfe für dein Reich. Denn auch in ihre Hand ist die Macht gegeben, daß ihrige dazu zu thun, auf daß der unstillbare Deutheunger Derer gebändigt werde, die schon ohnehin auf Kosten des ausgebeuteten Volkes Satte und Ueberfättigte sind; das grenzenlose Herrschaftsgelüste Jener zu zügeln, die bereits heute in brutaler Gewaltfülle den Fuß auf den Nacken der proletarischen Massen setzen. Gebieterisch weisen die Reichstagsverhandlungen um den Zolltarifentwurf darauf hin, daß die Proletarierin diese Macht nütze. In wünschenswerthester, handgreiflicher Deutlichkeit lassen sie in Erscheinung treten, wo die letzte Entscheidung über die sträflichen Absichten zur Auspowerung und Verknechtung der Arbeiterklasse fällt, und wer sie fällt. Nicht im Reichstag können die profit- und machtgierenden Zollwucherer von einer parlamentarischen Majorität geschlagen werden, es müssen sie vielmehr die proletarischen Massen außerhalb des Parlaments niederringen.

In der That, welches ist die Kampfesituation, die durch die vieltägige erste Schlacht um den Tarifentwurf enthüllt wurde? Mit Haut und Haar hat sich die Reichsregierung — das beweist das Redebüchle der Minister — den Brotvertheilern verschrieben. Und Arm in Arm mit der Regierung des Zollwuchers marschiren die bürgerlichen Mehrheitsparteien des Reichstags, marschiren die kleineren bürgerlichen Fraktionchen der Polen und Elsässer. Hoh-lachend stampfen die Träger der Theuerungspolitik über jedes Bedenken hinweg, das die Rücksicht auf das Wohl der Massen dem eingeleiteten Deutzeug in den Weg stellt. Ihr Ohr hört nicht den Schrei der Plage, der dumpf, verzweifelt aus Millionen Kehlen bricht; ihr Auge ist blind für das bergehoch sich häufende Elend der Werkthätigen. Den Massen die Sklavenpflicht uns tribut- und schurpflichtig zu sein; uns das Herrenrecht die Massen zu scheren: das ist die Moral der Zollfrevler. Ungetrübt durch jede Sentimentalität klingt sie aus den beiden geflügelten Worten heraus, welche die Schilderung blutigsten Jammers den Reihen der Herren entlockte. Aus Mörikes Wort des Hohnes für den Hunger: „Ich esse auch Kartoffeln“, aus Graf Arnims Wort „der Lasterung des Hungers“: „Der Vater wird wohl alles veroffen haben.“

Kann jemals ist eine schlechte Sache schlechter, erbärmlicher vertheidigt worden, als es mit dem Zollwucher im Reichstag gesehen. Seine Nutznießer und Zutreiber können auf ernste Rechtfertigungsgründe als auf einen überflüssigen Luxus verzichten. Sie wissen sich in den gesetzgebenden Körperschaften im Besitz der Macht, und sie sind willens, diese ihre Macht zu brauchen und zu mißbrauchen, dafern sie nur können. Auch nicht die vortrefflichsten, die unanfechtbarsten Gründe sind Schranken, an denen ihre Macht, ihr Wille zerschellt. Macht kann nur durch Macht gebrochen werden.

Der Junkermacht in den gesetzgebenden Körperschaften gilt es die Volksmacht außerhalb derselben entgegenzustellen.

Die Opposition der bürgerlich Freistütigen und Volksparteiler ist aber ohnmächtig, eine große Volksbewegung zu entfesseln. So gründereich, so sachkundig, so scharf zum Theil auch die Reden der Richter, Gothein, Bayer, Bachnicke sind, es fehlt ihnen die Zauberkraft, welche die breiten Massen zum politischen Leben weckt und zum politischen Kampfe führt. Sie muß ihnen fehlen, denn ihre Auffassung geht nicht über die bürgerliche Gesellschaft hinaus, ihre Kritik tastet diese nicht an. Die Sozialdemokratie dagegen läutet mit ihren Parlamentsreden die Sturm-glocke, welche die proletarischen Massen zur Vertheidigung ihrer Interessen auf die Schanze ruft. Denn in diesen Reden pulst die zwingende Kraft der großen Leidenschaft, die einzig und allein von einem grundsätzlichen Kampfe ausgelöst werden kann. Ihre Kritik wendet sich mit voller Wucht und Schärfe gegen die kapitalistische Ordnung, deren legitimes Kind der Zollwucher ist. Sie weisen über die Deutpläne der Junkersippe hinaus dem Kampfe der Massen ein höheres Ziel: die Beseitigung des Kapitalismus, den Aufbau einer neuen Welt. So wird die Sozialdemokratie zur Bedekin, Organisatorin und Führerin der Massen, der Volksbewegungen großen Stils. Sicherlich ist es den agrarischen und industriellen Schnapphähnen äußerst schmerzhaft, von den Molken-buhr, Bebel und Singer im Reichstag nicht mit den freisinnig-bürgerlichen Peitschen gezüchtigt zu werden, wohl aber mit den sozialdemokratischen Skorpionen. Jedem noch größer als ihr Schmerz ist ihre Wuth darüber, daß jeder ihnen ausgetheilte sozialdemokratische Hieb die Massen außerhalb des Reichstags aufrüttelt und für den Kampf begeistert.

Siegreich wird die Sozialdemokratie über den Zollwucher hinwegschreiten, wenn es ihr gelingt, im Kampfe wider ihn die Massen der bedrohten Ausgebeuteten hinter sich zu sammeln. Die im alten Jahre kraftvoll eingeleitete Protestaktion darf während der Zeit der Kommissionsberatungen nicht abflauen. Umgekehrt, sie muß im neuen Jahre mächtiger und mächtiger anschwellen, bis ihre Wogen über dem Zollwucher zusammenschlagen. So halb-absolutistisch auch gegenwärtig im Deutschen Reiche die Zeitläufte sind: Regierungen und Volksvertretungen müssen unter der Herrschaft des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts immerhin mit Massenbewegungen rechnen. Die Majorität, welche heute noch den Wagen der Zollwucherer zieht, schrumpft morgen zu einer Minorität zusammen, wenn der weisen Einsicht der Volksvertreter durch die weisere Furcht vor dem Jorn und dem Abfall der Wählermassen auf die Beine geholfen wird. Wie bei dem Zucht-hausgefes, so muß auch bei dem Zollwucher die parlamentarische Tugend mit dem Schrecken vor „dem Massenschritt der Arbeiterbataillone“ regiert werden.

In allen großen Volksbewegungen gegen den Lebensmittelwucher sind die Frauen in erster Reihe gestanden. Von furchtbarer Noth aufgeweicht waren es die Frauen des Pariser Volkes, die am 5. und 6. Oktober 1789 „den Bäcker und die Bäckerin“ (König Ludwig XVI. und Marie Antoinette) aus Versailles nach der Hauptstadt zurückführten. Mögen die drohenden vielägigen Plagen die deutsche Proletarierin bestimmen, sich als tragende und treibende Kraft der Volksbewegung gegen die Deutpolitiker zu bethätigen. Sie sei eingedenk, daß mancher Zollwucherer nicht bloß von Gnaden männlicher, wahlberechtigter Dummheit in dem Reichstag sitzt, sondern auch dank weiblicher nicht wahlberechtigter Gleichgiltigkeit und Rückständigkeit. Kampfesgenossinnen, aus Werk, um in der entferntesten Hütte, um in der trostlosesten Werkstatt die proletarischen Frauen zu Wissenden, Wollenden und Kämpfenden zu schulen, sie als bewußte, unverföhnliche Segnerinnen dem Zollwucher entgegenzustellen! Es gilt hohem Preise. Der Zollwucher schädigt die Kampfesfähigkeit des Proletariats im Ringen um seine Befreiung. Der Zollwucher hemmt heute in Deutschland die wirtschaftliche Entwicklung, welche die materiellen Voraussetzungen der sozialistischen Gesellschaft zeitigt. Der Zollwucher stärkt die Selbstacksgewalt und politische Macht der arbeiterfeindlichsten, reaktionärsten Klassen. Nieder mit ihm!

Wie die Zuckerindustriellen die Proletarierinnen schröpfen.

Von Luise Bieh.

Wie allerorts und jederzeit der Heißhunger des Kapitals nach Profit groß, unersättlich ist, so auch in der Zuckerindustrie. Von diesem Heißhunger gestachelt haben die Zuckerbarone ihren Gewinn zu steigern getrachtet durch die Einheimsung ungezählter Millionen, die sie in Form versteckter und später offener Ausfuhrprämien aus dem Steuerfädel schöpften, sowie durch die Erpressung und Anhäufung von Mehrwerth in Folge maßloser Ausbeutung der beim Rübenbau und der Zuckerfabrik beschäftigten Arbeiter, Arbeiterinnen und Kinder. Kein Wunder da, daß die zur Vertheilung gelangten Dividenden in der Zuckerindustrie 30, 40, 60 und mehr Prozent betragen.

Seit den vierziger Jahren wird in Deutschland in größerem Umfang Rübenzucker produziert. Ende der sechziger Jahre ward die Rübenzuckerfabrikation besteuert. Die erhobene sogenannte Materialsteuer betrug 1 Mk. 60 Pf. auf 100 Kilogramm zu verarbeitender Rüben. Diese Steuer und ihre Zurückzahlung bei der Ausfuhr von Zucker ward zur Quelle einer versteckten Ausfuhrprämie. Sie betrug Anfang der achtziger Jahre 6 Mk. pro 100 Kilogramm Zucker. Bei der Festsetzung der Materialsteuer hatte man nämlich gerechnet, daß zur Gewinnung von 1 Kilogramm Zucker $12\frac{1}{2}$ Kilogramm Rüben nötig waren. Darnach hatten 100 Kilogramm Zucker 20 Mk. Materialsteuer zu tragen, die den Zuckerfabrikanten bei der Ausfuhr zurückerstattet wurden. Anfang der achtziger Jahre waren jedoch zur Gewinnung von 1 Kilogramm Zucker tatsächlich nur noch 8,8 Kilogramm Rüben notwendig. Man hatte gelernt, die Rüben immer zuckerhaltiger zu ziehen und ihren Zuckergehalt durch technische Vervollkommenung der Produktion immer vollständiger zu gewinnen. In der Folge erhielten also die Herren Zuckerindustriellen bei der Ausfuhr des Zuckers eine größere Summe zurückerstattet (bei 100 Kilogramm Zucker 6 Mk.), als sie an Materialsteuer entrichtet hatten.

Diese versteckte Ausfuhrprämie ward von 1895 ab beseitigt, nachdem sie vorher durch Erhöhung der Materialsteuer und Verringerung der Ausfuhrvergütung etwas beschnitten worden. An ihre Stelle trat eine offene Ausfuhrprämie von 1 Mk. 25 Pf. auf 100 Kilogramm Zucker, die 1896 auf 2 Mk. 50 Pf. erhöht, also verdoppelt wurde; daneben war die Materialsteuer beseitigt worden. Der Einnahme aus dem Steuerfädel bei der Ausfuhr stand also jetzt keine Abgabe bei der Produktion mehr gegenüber. Die „Liebesgabenpolitik“ der Ausfuhrprämien plünderte den Steuerfädel des Reiches gewaltig. Von 142 Millionen Mark Einnahmen aus der Zuckersteuer im Jahre 1886 flossen 109 Millionen in die Geldschränke der Zuckerindustriellen, nur 33 Millionen verblieben dem Reiche. Und da das Reich heidenmäßig viel Geld brauchte — nicht für Kulturzwecke, wohl aber für das „herrliche Kriegsheer“ —, so wurde den Zuckerkonsumenten 1896 eine Verbrauchsabgabe von 12 Mk. auf 100 Kilogramm Zucker aufgeladen. Als das Reich die Herren Zuckerindustriellen mit einer Verdoppelung der offenen Ausfuhrprämie beschenkte, erhöhte es die Abgabe für die Zuckerconsumenten auf 20 Mk. Jedem, der in Deutschland deutschen Zucker verbraucht, wird also das Kilogramm um 20 Pf. vertheuert, und das durch die Verbrauchsabgabe, deren Ertrag zum guten Theile in die Taschen der Fabrikanten fließt. Wie die Regierung und selbstverständlich auch die Herren Zuckerbarone behaupteten, war die Ausfuhrprämie und ihre Verdoppelung im Jahre 1896 notwendig, um einerseits dem deutschen Zucker durch billigere Preise auf dem Weltmarkt Absatzgebiete zu sichern, und andererseits, um die konkurrierenden Staaten zur — man höre und staune — Abschaffung ihrer Prämien geneigt zu machen. Das genaue Gegentheil hiervon war natürlich der Fall. Die diesbezüglich gepflogenen internationalen Verhandlungen verliefen resultatlos, und Oesterreich und Frankreich erhöhten ihrerseits sofort ebenfalls die Prämien. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas aber, nach denen drei Fünftel des deutschen Rohzuckers geht, nahmen in ihren Zolltarif die Bestimmung auf, daß der Zoll auf Zucker aus denjenigen Ländern, die Ausfuhrprämien gewähren, um den Betrag der jeweiligen Prämie erhöht werden solle. Diese Maßnahme verfolgte den Zweck, dem amerikanischen Rohr- und Kolonialzucker die Konkurrenz des europäischen Rübenzuckers vom Halse zu halten. Die Prämienwirtschaft erwies sich also lediglich als ein Mittel, das den Zuckerbaronen und — dem amerikanischen Fiskus die Kassen auf Kosten der deutschen Zuckerconsumenten füllte. Säckelten doch die deutschen Zuckerbarone in den Jahren 1881/82 bis 1896/97 das niedliche Sümchen von 1008 Millionen Mark an Ausfuhrprämien ein. Doch damit war der „heilige Goldhunger“ der Zuckerindustriellen noch nicht gestillt. Das Zusammenschließen ihrerseits zu dem berüchtigten Zuckerring ermöglichte ein schamloses Hinausschrauben der Zuckerpreise in Deutschland. Der Ring distirte

einfach die Zuckerpreise und unternahm damit ohne viel Mühe, aber mit sicherem Erfolg einen planmäßigen Raubzug auf die Taschen des Volkes. Der Ring hat gegenwärtig jedes Pfund Zucker um 8 Pf. vertheuert und wird es noch weiter vertheuern. Alles in Allem bezahlt der deutsche Konsument für den deutschen Zucker nahezu das Dreifache, wie der englische Verbraucher. Damit aber das Privilegium der Zuckerbarone, das Publikum zu schröpfen, beileibe keine Einbuße erfährt, ist die Einfuhr von Zucker durch einen Zoll von 40 Pf. pro Kilogramm erschwert.

Daß Verbrauchsabgabe und Preistreiberei den Preis des Zuckers künstlich vertheuern, hat eine natürliche Folge. Zum außerordentlichen Schaden der Volksernährung ist in Deutschland der Zuckerkonsum ein äußerst geringer, und dies obgleich die deutsche Zuckerproduktion die aller anderen Länder weit überholt hat. Welcher Wider Sinn! Er illustriert prächtig den Wahnsinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der deutsche Zuckerverbrauch blieb 1896/97 um 1 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung hinter dem Durchschnittskonsum Europas zurück und war nur ein Viertel so groß, als der Durchschnittsverbrauch in England. Trotz aller Einschränkung des Konsums belastet aber die Verbrauchsabgabe und die sonstige Preissteigerung des Zuckers recht beträchtlich das Budget der Arbeiterfamilie, der Arbeiterfrau. Zu den ungeheuren Summen, die alljährlich Zuckerbarone und Fiskus schlucken, muß eben jeder Einzelne beitragen. Die alleinstehende Witwe, die bis zur vollständigen Ermattung sich abzurackern gezwungen ist, um sich und ihre Kinder durchzubringen; die ärmste Proletarierfamilie, in der Mann, Weib und Kinder für die Fristung der nackten Existenz all ihre Kräfte anspannen müssen: sie sind genau so tributpflichtig, wie der vielfache Millionär. Welch' schreiende Ungerechtigkeit!

Wie gern möchte nicht das arme Arbeiterweib im Sommer, wo das Obst billig ist, öfter eine gesunde Obstsuppe, ein Kompott bereiten, oder Früchte für den Winter einkochen. Jedoch der hohe Zuckerpreis schreckt davon ab. Wagt die Proletarierin dennoch die Ausgabe, so nehmen ihr Staat und Zuckergewaltige stillschweigend Pfennige und Nickel ab, um sie zu den Millionen der Zuckerbarone zu legen. Wenn sie sich ihre Tasse Thee oder Zichorienbrühe, oft die einzigsten für ihren Beutel erschwinglichen Getränke, durch ein Stück Zucker wohlgeschmeckender und nahrhafter machen will, so muß sie von ihrer Armuth dem Staate und vor Allem den Zuckerindustriellen steuern. Tributpflichtig ist die Proletarierin, der in Folge allzulanger und harter Frohn die Gesundheit untergraben ist, der die Brüste versiegt sind, die ihrem Kleinen Nahrung spenden sollten. Denn wenn sie den Ersatz der Muttermilch durch Hinzuthun von etwas Zucker nahrhafter und verdaulicher gestalten will, so fordern die profitgierigen Zuckerkapitalisten ihren Theil. Die proletarischen Hausfrauen, die Arbeiterinnen, sie alle, alle haben bei ihrem oft mehr denn jammervoll niedrigen Einkommen die Millionen der Zuckerbarone zu mehren.

Die deutschen Proletarier und Proletarierinnen werden jedoch nicht bloß als Konsumenten durch die Beutegier der Zuckerbarone empfindlich geschädigt, sondern auch in ihrer Eigenschaft als Produzenten.

In England hat sich eine umfangreiche, blühende Industrie von in Zucker eingelegten Früchten, Marmeladen, Beerenobst u. entwickelt. Sie versorgt den inländischen Markt und erobert immer größere Absatzgebiete außerhalb Großbritanniens. Zu dem Aufschwung dieser Industrie hat aber ganz wesentlich beigetragen, daß England, welches neben den Vereinigten Staaten der Hauptabnehmer des deutschen Zuckers ist, diesen mindestens um $22\frac{1}{2}$ Mk. pro 100 Kilogramm billiger hat als der deutsche Verbraucher. Der Preis des deutschen Zuckers ist eben in England nicht durch 20 Mk. Verbrauchsabgabe und die $2\frac{1}{2}$ Mk. Ausfuhrprämie belastet, von der Preissteigerung in Folge der Treiberei des Zuckerrings ganz abgesehen. Die englische Industrie der Marmeladen, in Zucker eingemachter Früchte u. kann deshalb ihre Waaren bedeutend billiger herstellen und in den Handel bringen, als die entsprechende deutsche Produktion. Bei der Erringung von Absatzgebieten ist unter dem eisernen Zwangsgebot der Konkurrenz aber bekanntlich neben guter Qualität der Waaren ihre Billigkeit die beste Waffe. Mit dieser Waffe, welche die Gewinnucht der deutschen Zuckerindustriellen geschmiedet hat, haben die englischen Waaren den Sieg über die deutsche Konkurrenz errungen. Die Industrie der eingemachten Früchte u. steht in der Folge in Deutschland längst nicht so in Blüthe, als in England. Ihre kräftige Entwicklung brächte aber Hunderten und Tausenden Beschäftigung oder besser gelobnte, sicherere Beschäftigung. Die deutschen Arbeiter und Arbeiterinnen zahlen auch in dieser Hinsicht die Seche.

Daß zu Nutz und Frommen einer kleinen Klique schwerreicher Leute der Zucker künstlich vertheuert wird, ohne Rücksicht auf die vielfältigen Folgen für die Armen und Kernsten zeigt klärllich die Schädlichkeit, ja Gemeingefährlichkeit des Systems der indirekten Be-

steuerung, sowie der damit verknüpften Prämien- und Liebesgabenwirtschaft. Die Arbeiterinnen und proletarischen Hausfrauen müssen deshalb wie die Arbeiter nicht nur auf dem Posten erscheinen, wenn es gilt, flammenden Protest zu erheben gegen ein weiteres Anziehen der Steuerschraube, wie dies der gegenwärtig dem Reichstag vorliegende Zolltarifentwurf bezweckt. Es liegt vielmehr in ihrem Interesse und ist ihre Pflicht, daß sie laut, nachdrücklich und unausgesetzt die Veseitigung des Systems der ungerechten indirekten Besteuerung und der arbeiterfeindlichen Liebesgabenpolitik heischen.

Von der Stellung der Frauen in Australien.

Noch mehr wie die Entwicklung der Vereinigten Staaten von Amerika ist diejenige der australischen Kolonien von den Fesseln der Tradition unberührt, reiner kommen da die Bedürfnisse der Gesellschaft zum Ausdruck, als in unserem alten Europa. Für die Machtsstellung der Frau und für die Eringung größerer Rechte ihrerseits in den jungen Ländern war es von außerordentlicher Bedeutung, daß dort nicht wie bei uns ein Frauenüberschuß vorhanden war. Dazu kamen aber noch andere wichtige Umstände. Die auswandernde Frau besaß meist mehr Widerstandskraft, mehr Selbstbewußtsein, wie die in ihrer alten Umgebung verbleibenden Geschlechtsgenossinnen. Die einseitige wirtschaftliche Bethätigung der Männer ließ vor Allem den Frauen der besitzenden Klassen einen weit größeren Spielraum für ihre aktive Anteilnahme am sozialen Leben, wie bei uns. Die ausgebildete Demokratie endlich in jenen Republiken und ganz demokratisch ausgestalteten Kolonien hatte zur Folge, daß die formalrechtlichen Ertrugenschaften der Frauen der besitzenden Klassen dem ganzen weiblichen Geschlecht zu Gute kommen mußten.

Betrachten wir nun kurz auf Grund eines neuen Buches,* wie die Verhältnisse für die Frauen in den australischen Kolonien liegen.

In Neuseeland besitzen die Frauen das politische Wahlrecht seit 1893, in Südaustralien seit 1895. Vor Kurzem hat die Zweite Kammer der Kolonie Viktoria die Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen beschlossen. Nicht lange mehr, und das Frauenstimmrecht wird auf dem ganzen australischen Kontinent zu den Selbstverständlichkeiten gehören. Heute schon sind übrigens die genannten australischen Kolonien nicht die einzigen Staatswesen, welche den Frauen das Recht

* Pierre Leroy-Beaulieu: „Les nouvelles Sociétés Anglo-Saxonnes“ („Die neuen angelsächsischen Gesellschaften“).

Neujahrsgruß.

Von Andreas Schen.*

Das Jahr verrinnt — im Sterben siegt's — es tritt ein neues in den Plan,
Mit dunkelbergendem Gewand und ergzen Schleiern angehan.
Doch ob es noch so dicht verhält' die Jüge seines Angesichts —
Wir schauen leuchtend unser Ziel im Strahl des reinsten Sonnenlichts!
Ob aus den Falten seines Kleids uns Unglück und Verderben fällt,
Ob es für uns in seinem Schoß Gefahr und Tod verborgen hält:
Wir schreiten stetig unsre Bahn, kein irdisch Hemmnis hält uns auf,
Denn so bestimmt ist unser Weg gezeichnet, wie der Sterne Lauf.
Hat nicht das abgethane Jahr, das Kampf und Müh' sal uns gebracht,
Und der Verfolgung wilde Jagd, uns gut und groß und stark gemacht?
Auf allen Linien war entbrannt die heiße Schlacht, und ward mit Kraft
Begeisterungsglühend durchgekämpft in liebentflammter Leidenschaft.
Als Schlag auf Schlag und Stoß auf Stoß uns unsre Fronten dezimirt,
Wir haben frischbeherzten Muths: „Die Reihen schließen!“ kommandirt.
Und neue Kämpfer traten vor; die Lücken schlossen Brust an Brust!
Der Streiter dichtgedrängte Reihn, erfüllt von heil'ger Kampfeslust. —
Und ob Gewalt uns auch bedroht' mit Sturm und Blitz und Donnerschlag —
Wir schreiten festen, stolzen Blicks, was auch die Zeit uns bringen mag!
So wie des Pharaonenvolks Zwingherrenthum am heil'gen Nil
Vor dem gewalt'gen Flügelschlag des Menschengeiſts in Staub zerfiel;
So wie das Joch des Ritterthums, deß erznem Druck aus Staub und Schmach
Des Volkes Kraft sich kühn entrang, wie Glas in Schutt und Scherben brach;
So wie des Glaubens Nacht durchbrach der Wissenschaften himmlisch Licht:
O, so gewiß kommt auch der Tag, der unsres Glends Ketten bricht!
Er kommt, er ist nicht ferne mehr, der Tag des Nebels und des Glücks,
Der Sühnetag der bitteren Qual, der bangen Noth des Augenblicks;
Der Tag, wo Siegeshymnen singt das Volk, das heute duldbend schweigt,
Von seines Jammers rief'ger Wucht in summen Schmerz dahin gebeugt;
Der Tag, wo durch die Lüfte braust das Lied des Dankes und der Lust,
Aufsteigend aus der Seele Grund, aus qualbefreiter Menschenbrust;
Der Tag, an dem aus tiefem Staub ein neu' Geschlecht sich kühn erhebt,

der Abstimmung zu allen Wahlen zuerkannt haben. In einzelnen Bundesstaaten der Nordamerikanischen Union, so in Colorado, Wyoming, Minnesota und in Utah ist das weibliche Geschlecht politisch völlig gleichberechtigt. Stärker als bei den Frauen der besitzenden Klassen ist das Interesse, welches die Frauenwelt des Mittelstandes und der Arbeiterklasse am Wahlrecht bethätigt, am meisten aber wird das Stimmrecht von den geistigen Arbeiterinnen, den Schriftstellerinnen, Lehrerinnen, Erzieherinnen u., gewürdigt und ausgenutzt. Für die Erweiterung der politischen Rechte der Frauen sind am nachdrücklichsten die Arbeiterparteien eingetreten, daneben die Träger der Mäßigkeitsbestrebungen und der Bewegung für das Verbot des Ausschanks geistiger Getränke. Es ist interessant und erklärlich, daß die Antialkoholiker ihre kräftigste Unterstützung von den Frauen erwarten.

Unser Gewährsmann nennt das australische Frauenwahlrecht einen Humbug. Im Gegensatz zu seiner Auffassung steht jedoch die Thatsache, daß sich die Frauen stark an den Wahlen betheiligen. Ließen sich doch am 28. November 1893 in Neuseeland bei der ersten Wahl, zu der Frauen zugelassen wurden, von 139915 volljährigen Frauen 109461 in die Wählerlisten eintragen, also 785 von je 1000, und an den Wahlen nahmen 90290 theil oder 645 auf je 1000 Wahlberechtigte. Die Anzahl der in die Wählerlisten eingetragenen Frauen stieg bis zur Wahl vom Jahre 1896 von 78 1/2 auf 89 Prozent, und die der weiblichen Abstimmenden von 64 1/2 auf 68 Prozent. Die Wahlbetheiligung der Frauen blieb nur wenig hinter der der Männer zurück, sie ist jedenfalls viel stärker, als die Theilnahme an den Wahlen bei vielen Reichstags- und fast allen Landtags- und Gemeinderathswahlen im Deutschen Reiche, wo doch nur die Männer zur Stimmabgabe berechtigt sind. Die Wahlbetheiligung, das lebhafteste Interesse an der Ausnutzung der errungenen Rechte, spricht unbedingt dafür, daß das Wahlrecht dem weiblichen Geschlecht nicht als ungewolltes Geschenk aufgedrängt wurde, mit dem die Frauen nichts anzufangen verstehen. Die kräftige Entwicklung der sozialen Gesehgebung in den australischen Kolonien beweist übrigens, daß die Mitarbeit der Frauen an der Gesehgebung den Fortschritt förderte. Neben sozialen Gesehen von einschneidender Wirkung hat das von beiden Geschlechtern erwählte Parlament Gesehe gegen den Mißbrauch des Alkohols beschlossen.

Zu den Gründen, die für das Stimmrecht des weiblichen Geschlechts in Australien ins Feld geführt werden, zählt auch der, daß die Frauen die künftigen männlichen Wähler zu erziehen haben, daß sie deshalb ebenso das Wahlrecht besitzen sollen, wie ihre Söhne.

In dessen Herzen sitt'ge Kraft und reinste Liebe pulst und bebt;
Das auf die Fahne des Triumphs, die es erhob, in Flammen schrieb:
„Jedweder Arbeit ihr Genuß! — Seid frei und gleich, und habt euch lieb!“
Indeß — bis diese Finsterniß uns jenes Tages Morgenroth
Mit seinen goldnen Strahlen hellt — wir harren aus in Kampf und Tod!
Wir harren aus, und halten hoch der Gleichheit herrliches Panier:
Die Fahne unsrer Partei! — Ihr leben und ihr sterben wir!
Ob Sturm und Wetter sie umbraust, ob Feuer ihren Flug umweht,
Und ob der Feind in unsre Reihn vernichtende Geschosse sät:
Die Fahne hoch! Wir harren aus! Wir wissen doch, es
kommt die Zeit,
Wo zu Triumph und Sieg sie führt die Freiheit, Gleichheit,
Menschlichkeit!

Feudaler Jammer.

Von Heinrich Leuthold.*

Hans Rechberg trank ennetbirgischen Wein,
War munter und guter Dinge;
Er sprach zu Thomas von Falkenstein:
„Du schlägst eine gute Klinge!

Du schlägst eine Klinge . . . im ganzen Land
Kann keiner mit dir sich messen,
Und dennoch verlorst du unter der Hand
Die Schlösser, so du besessen!“

Doch dieser sprach in jähem Grimm
Und stürzte seinen Humper:
„„Beim heiligen Georg! Die Zeit ist schlimm . . .
Und Niemand mag mir pumpen.“

Vom Stegreif lebt sich's auch nur schlecht,
Wir brauchen Tafft und Zindel,

* Aus: „Deutsche Arbeiter-Dichtung“, 5. Band. Stuttgart, Verlag J. S. B. Diez Nachf.

* Aus „Buch der Freiheit“, herausgegeben von Karl Hensell. Verlag „Vorwärts“ Berlin.

Sowohl die Wahlen von 1893, wie die von 1896 und 1900, somit die drei Wahlen in Neuseeland, an denen die Frauen sich beteiligt haben, führten zu einer Stärkung des Ministeriums, das sich auf die Arbeiterparteien stützt. Interessant ist, daß man in Neuseeland seit einiger Zeit Vereine gegründet hat zur politischen Erziehung der Frauen. Wenn man diesen Umstand als einen Beweis für die noch mangelnde politische Reife der Frauen gegen das Frauenstimmrecht ausschalten wollte, so würde man auf den Standpunkt der Reaktionen herabsinken, die ja auf Grund der unbestreitbaren Thatsache, daß nicht alle Männer politisch geschult sind, offen für Zensurwahlrechte schwärmen und im Geheimen den Absolutismus herbeiwünschen. Eine starke Strömung geht heute in den australischen Kolonien dahin, den Frauen neben dem Wahlrecht auch die Wählbarkeit zu verleihen.

Nach der Volkszählung vom Jahre 1891 gab es in Australien 1440000 weibliche Personen, von denen 1060000 über 15 Jahre alt waren. 318000 Frauen und Mädchen erwarben sich ihren Lebensunterhalt selbst; von diesen waren 133000 Dienstmädchen, 70000 Arbeiterinnen, 37000 in der Landwirtschaft thätig, 33000 übten liberale Berufe (als Lehrerin, Erzieherin, Schriftstellerin etc.) aus, 23000 waren im Handel beschäftigt, 22000 in verschiedenen anderen Berufen. In Neusüdwales stieg die Zahl der Frauen von 1881 bis 1891 von 337000 auf 515000, somit im Verhältnis von 100 zu 153, die Zahl der erwerbsthätigen Frauen aber ging von 48963 auf 89502 in die Höhe, also von 100 auf 183. Am stärksten wuchs die Zahl der in liberalen Berufen thätigen Frauen; 1881 betrug sie 4288, zehn Jahre später jedoch 10402, somit verdoppelte bis verdreifachte sie sich.

Parallel mit dieser Entwicklung geht eine Verschiebung des Heiratsalters. 1883 waren unter 10000 nicht volljährigen Frauen 2817 verheiratet, 1892 bloß 2355. Die gleiche Entwicklung zeigt die Kolonie Victoria. Dort waren 1881 unter je 1000 noch nicht 21 Jahre alten Frauen 210 verheiratet, und von je 1000 Frauen im Alter von 21—25 Jahren 432. Im Jahre 1893 dagegen waren bloß 174 noch nicht 21jährige und 398 21—25jährige Frauen unter je 1000 der betreffenden Altersstufe verheiratet. Noch stärker ging die aufgezeigte Entwicklung in Neuseeland vor sich. Es erhellt daraus, daß je selbständiger die Frauen sind, je mehr die Sitten des Landes den jungen Mädchen eine große Unabhängigkeit sichern, desto weniger beeilen sie sich, zu heirathen. Sicherlich wird dadurch die Zahl der unglücklichen, von unerfahrenen Personen abgeschlossenen Ehen in hohem Maße vermindert.

Die vorstehenden Angaben genügen selbstverständlich noch nicht,

Und froh vom Leder zieht der Knecht
Und das schöne Krämergesindel.

Die Zeit ist schlimm . . . mir vergeht der Geschmack
Am Wegelagern und Balgen . . .
Ich wollte, das Bauern- und Bürgerpad
Es hinge am höchsten Galgen.

Kein fröhlicher Krieg ist mehr im Land,
Kein Geschäft mehr hinter der Pforte . . .
Ich glaube, es wachsen unserm Stand
Ueber den Kopf die Pfefferkörner!"

Und Reckberg sprach: „Fast hast du Recht,
Die Noth der Zeit ist bitter!
Doch bleibt das Volk stets ein dienstbar Geschlecht,
Wir bleiben stets Grafen und Ritter.

Und wie es zu allen Zeiten geschah,
Geschieht es zu allen Zeiten:
Die Klugheit der Einen ist dazu da,
Auf der Dummheit der Andern zu reiten.

Laß Schätze sie häufen und pflügen das Land,
Laß sie schaffen und sammeln wie Bienen . . .
Wir leben als privilegiertes Stand
Nur um so munt'rer aus ihnen!

Laß ihnen die Mühsal, laß ihnen den Schmutz,
Laß sie knacken die härteren Nüsse
Des Daseins . . . uns bleiben der adlige Trug
Und die feineren Lebensgenüsse!

Und wenn man das Volk nicht zu fördern mehr weiß,
Dann wird das Haar geschoren:
Wir machen als Pfaffen die Hölle ihm heiß
Und zieht ihm das Fell über die Ohren!"

um ein Bild von der Stellung der Frau auf dem jüngsten, sich so hoffnungsvoll entwickelnden Kontinent zu geben. Unzweifelhaft aber geht schon aus diesen wenigen Angaben hervor, die wir, soweit es sich um Thatsachen handelt, dem Buche eines entschiedenen Gegners der Frauenemanzipation entnommen haben, daß die Stellung der Frau in Australien politisch, sozial und auch in jeder anderen Hinsicht eine würdigere und bessere ist als in Europa. a. br.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Auftrag der Parteileitung des 22. sächsischen Reichstagswahlkreises sprach Genossin Zieh-Hamburg in der ersten Hälfte Dezember in einer Reihe von Volksversammlungen. Dieselben hatten in erster Linie den Zweck, den Frauen des werthätigen Volkes die drohenden Gefahren des Wucherarbeitslohnens vor Augen zu führen und sie zum flammenden Protest dagegen aufzurufen. Dann aber sollten die Frauen allerorts angespornt werden zur planmäßigen Mitarbeit innerhalb der Arbeiterbewegung. Nach beiden Richtungen hin kann man den erstrebten Zweck als durchaus erreicht betrachten. Denn obgleich die Zeit für die Agitation nicht besonders günstig war, weil sie kurz vor das Weihnachtsfest fiel und die voigtländische Arbeiterschaft nicht wenig unter der wirtschaftlichen Depression leidet, so waren doch sämtliche Versammlungen, mit Ausnahme von zweien, wo es an der nöthigen Bekanntgabe gefehlt, gut besucht, zum Theil überfüllt. Fast überall waren die Frauen stark vertreten und allerorts fand eine scharfe Resolution gegen den Brotwucher und das ganze System indirekter Besteuerung, sowie für langfristige Handelsverträge einstimmige Annahme. Versammlungen fanden statt in Oberreichenbach, Reichenbach, Nylau, Auerbach, Kirchberg, Wilkau, Lengenfeld, Reischkau und Rotschau. Wo bereits weibliche Vertrauenspersonen ernannt waren und ihres Amtes walteten, hatten sie in Gemeinschaft mit den Genossen die Versammlung vorbereitet. So in Reichenbach und Oberreichenbach. In beiden Orten ist schon eine stattliche Anzahl Genossinnen politisch organisiert. Die Versammlungen brachten der Organisation aufs Neue einen Zuwachs an Mitgliedern. In Nylau ward Genossin Pförtner als Vertrauensperson, Genossin Kleis als Stellvertreterin gewählt; 29 Genossinnen traten dem sozialdemokratischen Verein bei. Da Genossin Kleis und die übrigen an der Spitze der Bewegung stehenden Genossen versprochen, die Agitation unter den Frauen nach besten Kräften zu fördern, werden wir von Nylau hoffentlich bald recht zufriedenstellende Resultate verzeichnen können. Ebenso wurden in Auerbach und Kirchberg bewährte Genossinnen zu Vertrauenspersonen ernannt und im ersteren Orte außerdem etwa 20 Genossinnen dem Wahlverein als Mitglieder zugeführt. In Wilkau fand der Vortrag in der Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins statt, und die Genossen versprochen, in der nächsten Versammlung der Wahl einer weiblichen Vertrauensperson näher zu treten. Vor der Zeit überfüllt war das allerdings nur kleine Lokal in Lengenfeld. Die Frauen, die zum Theil stundenweit herbeigekommen, bildeten ein starkes Kontingent der Versammlungsbefucher. Genossin Bauer ward einstimmig zur Vertrauensperson gewählt, 34 Mitglieder, darunter die Hälfte Frauen, wurden dem Wahlverein gewonnen. In Reischkau behandeln die leitenden Genossen die Sache leider nicht mit dem nöthigen Ernste. Obgleich im Partei- und Lokalblatt „Große öffentliche Volksversammlung“ annoncirt war und Handzettel vertheilt wurden, hatte man sich nicht darum gekümmert, ob der Saal hergerichtet würde, und so steckte der Wirth die Leute in die Saalstube. Viele lehnten um, als sie den Saal dunkel und verschlossen fanden, weil sie meinten, die Versammlung sei verboten. Noch Andere in größerer Zahl mußten später umkehren, da die Saalstube keinen Raum mehr bot. Auch suchte der Vorsitzende die Wahl der Vertrauensperson aufzuschieben, obgleich die Angelegenheit in einer Vorbesprechung geregelt und eine Genossin für das Amt nominirt worden war. Die in der Versammlung anwesenden Frauen, etwa 70 bis 80, stimmten jedoch für sofortige Vornahme der Wahl. Nachdem Genossin Pehold sich zur Uebernahme des Postens bereit erklärt hatte und ihre Wahl einstimmig, auch von Seiten der Genossen, erfolgt war, traten 50 Personen, in der Mehrzahl Frauen, dem sozialdemokratischen Verein bei. Wir erwarten von dem Pflichtgefühl und der Einsicht der Genossen in Reischkau, daß sie nun, wie sie es an jenem Abend offiziell versprochen, die zu neuem Leben gerufene Frauenbewegung des Ortes mit ganzer Kraft und regem Eifer unterstützen. Auch ein schwaches Pflänzchen erstarkt und entwickelt sich zum kräftigen Baume, wenn es die nöthige Fürsorge und liebevolle Pflege erfährt. Die Versammlung in Rotschau brachte dem sozialdemokratischen Verein eine Reihe Neuaufnahmen, darunter auch

einige Frauen. Die Genossin Frommer ward einstimmig zur Vertrauensperson gewählt. Auch in Zwickau nahmen die Teilnehmer des Diskutirabends einstimmig einen Antrag an, daß in der nächsten sozialdemokratischen Vereinsversammlung die Wahl einer Vertrauensperson der Genossinnen erfolgen solle. Ein Bravo unseren sächsischen Schwestern und Brüdern!
L. Z.

Außer der Protestversammlung, von der wir berichteten, fand in Reichenbach eine zweite gutbesuchte Frauerversammlung statt, in der Genossin Zieg über „Die Frau im Handelsgewerbe“ sprach. Nach Schluß der Versammlung traten 21 Personen dem Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen bei. Die politischen organisierten Genossinnen wollen bei ihren Einkäufen in den einzelnen Geschäften die Verkäuferinnen für die Organisation zu gewinnen suchen. So wird denn hoffentlich auch die örtliche Organisation dieser Kategorie von Arbeiterinnen sich kräftig weiter entfalten.
L. Z.

Eine glänzend besuchte Volksversammlung tagte Mitte Dezember in Wismar. Ein hoher Prozentsatz der Versammlungsbesucher wurde erfreulicherweise von den Frauen gestellt. Um so anerkennenswerther, als im lieben Lande Mecklenburg die Abhaltung von Versammlungen außerordentlich schwer, ja, sobald diese politischen Charakter tragen, unmöglich ist, außer in Wahlzeiten. „Die Krise“, lautete das Thema, das Genossin Zieg-Hamburg unter großer Aufmerksamkeit und lebhaftem Beifall der Anwesenden erörterte. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde von allen Seiten auf die Nothwendigkeit einer intensiveren Theilnahme der Frauen an der Arbeiterbewegung hingewiesen und zur besseren Erreichung dieses Zieles die Wahl einer weiblichen Vertrauensperson vorgeschlagen. Einstimmig ward Genossin Thon zu diesem Amte gewählt. Eine Anzahl Frauen versprachen, den Gewerkschaften beizutreten. Es geht auch in Mecklenburg vorwärts, allen reaktionären Rücken und Tücken zum Troß.
L. Z.

Im Auftrag des Gauvorstandes 18 des Fabrikarbeiterverbandes hielt Genossin Vosse-Bremen in folgenden Orten Versammlungen ab: Lüneburg, Garburg, Wilhelmsburg-Georgsvörde, Wilhelmsburg-Reiherrstieg und Stade. Die Referentin erörterte das Thema: „Ist es möglich, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Lage verbessern können und wodurch?“ Alle Versammlungen, mit Ausnahme derjenigen in Stade, erfreuten sich eines guten Besuches und führten der Organisation Mitglieder zu. Der sehr schwache Versammlungsbesuch seitens der Arbeiterschaft von Stade erklärt sich dadurch, daß dieser am Orte selbst kein Versammlungslokal zur Verfügung steht. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen von Stade sich versammeln wollen, so müssen sie den ziemlich weiten Weg bis zum Dorfe Schöllich zurücklegen. Es ist tief bedauerlich, daß die Stader Arbeiterschaft in dieser Weise entrechtet wird und sich entrechtet läßt. Unter ihr bedarf es noch energischer und ausdauernder Agitationsarbeit, um das Bewußtsein der proletarischen Lage und der proletarischen Pflichten und Rechte zu erwecken. Der Indifferenz, welche in Stade und Umgegend die arbeitenden Massen noch im Vorne hält, scheint die schwer lastende Krise noch die Muthlosigkeit hinzuzugesellen. Es gilt deshalb, mit Opferfreudigkeit alle Kräfte anzuspannen, um in den Indifferenten und Muthlosen die Erkenntniß wachzurufen, daß eine stramme gewerkschaftliche Organisation die Arbeits- und Existenzbedingungen zu bessern vermag, daß der politische Kampf in der Gegenwart Reformen, in der Zukunft die volle Befreiung bringt.
A. B.

Notizentheil.

Weibliche Fabrikinspektoren.

Die Anstellung einer Assistentin der Fabrikinspektion für Neuß j. L. ist nun gesichert. Der Landtag billigte den Posten von 1400 Mark, den die Regierung für die Befoldung einer Hilfsbeamtin der Gewerbeaufsicht in das Budget eingestellt hatte. (Siehe Nr. 23 der „Gleichheit“ von 1901.) Das Vorgehen der Regierung wurde übrigens durch einen Beschluß veranlaßt, den der Landtag einem sozialdemokratischen Antrag entsprechend gefaßt hatte.

Gehalt weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten in Deutschland. Die Hilfsbeamtinnen der Fabrikinspektion in Preußen beziehen ein Gehalt von 1800—2400 Mark. Das Gehalt der Assistentin der württembergischen Gewerbeaufsicht beträgt 2400 Mark und 200 Mark Wohnungsgeld. Weniger günstig ist zur Zeit noch die Hilfsbeamtin der badischen Fabrikinspektion gestellt, sie hat 2000 Mark Gehalt, doch soll sie demnächst den Fabrikinspektoren gleichgestellt werden, deren Gehalt von 2000 bis 4500 Mk. und 600 Mark Wohnungsgeld beträgt. Die fünf amtlichen weiblichen „Vertrauenspersonen“ der

sächsischen Gewerbeaufsicht erhalten zusammen eine Entschädigung von 2000 Mark. Für die demnächst anzustellende Assistentin der Fabrikinspektion in Neuß j. L. ist ein Jahresgehalt von 1400 Mark vorgesehen. Die Bettelpennige, welche in Sachsen für die Mitwirkung von Frauen bei der Gewerbeaufsicht verausgabt werden, lassen zusammen mit den anderen wunderbaren Umständen, unter denen die amtlichen „Vertrauenspersonen“ thätig sind, den frommen Wunsch ehrfamer Reaktionäre und Poppträger erkennen, die „gewonnenen Ersparungen“ möchten den „Mißerfolg“ der „überflüssigen und schädlichen Neuerung“ darthun.

Die schüchternen Ansätze zur weiblichen Gewerbeaufsicht in Sachsen werden von konservativer Seite heftig bekämpft. Das „Vaterland“ erwartet, der sächsische Landtag werde die amtlichen „Vertrauenspersonen“ der Fabrikinspektion wieder beseitigen. Bekanntlich sind die Leistungen der Vertrauenspersonen für Leipzig, Zwickau, Bautzen und Chemnitz gleich Null gewesen. Dagegen hat die Amtsthätigkeit der Vertrauensperson für Dresden anerkennenswerthe Resultate gezeitigt, welche den Nutzen und die Bedeutung der Mitwirkung von Frauen bei der Gewerbeaufsicht erkennen lassen. Es sind im Grunde auch gar nicht die geringen Leistungen der weiblichen amtlichen Vertrauenspersonen im Allgemeinen, denen der Zorn der reaktionären Sippe gilt. Es sind vielmehr gerade die besseren Resultate, welche Frl. Dose in Dresden dadurch erzielte, daß sie nicht auf Beschwerden der Arbeiterinnen wartete, sondern selbst Mißständen in den Betrieben nachforschte. Den theilweisen „Mißerfolg“ der Neuerung schlagen die Arbeiterfeinde, die künftigen Erfolge einer gut organisierten, wirksamen weiblichen Gewerbeaufsicht meinen sie. Wäre dem anders, so könnten sie den bemängelten minderwerthigen Resultaten gar bald abhelfen. Die materiellen Nährväter und geistigen Kostgänger des „Vaterland“ können bekanntlich von dem sächsischen Landtag sagen: „Der Landtag sind wir.“ Sie brauchen mithin nur ihren Einfluß nachdrücklich aufzubieten, und eine gute, zweckentsprechende Organisation der weiblichen Gewerbeaufsicht wird sehr schnell die „theilweisen Mißerfolge“ in volle Erfolge verkehren. Dem sächsischen Reaktionsklüngel ist es aber lediglich darum zu thun, den Keim zu zertreten, aus dem sich mit der Zeit und bei sorgfamer Pflege doch eine kräftige Pflanze entwickeln könnte. Dem Geschrei nach Abwürgung des geschaffenen winzigen Reformchens haben die organisierten kämpfenden Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Forderung entgegenzustellen: Ausbau der Fabrikinspektion, Anstellung von weiblichen Inspektoren und Assistenten, die zum Theil aus der Arbeiterklasse entnommen werden und mit vollen amtlichen Machtbefugnissen ausgerüstet sein müssen.

Als Unterassistentin in Dublin ward kürzlich Miß Hayes angestellt. Miß Sharpleß, Sanitätsinspektorin in Leeds, wurde von der „Gesellschaft britischer Sanitätsinspektoren“ auf ihrer letzten Konferenz zum ordentlichen Mitglied ernannt. Miß Sharpleß ist das erste weibliche Mitglied dieser Organisation. Die Prüfung als Sanitätsinspektorinnen haben im Laufe des letzten Sommers vier Frauen an dem Viktoria-Kollege zu Manchester bestanden. Bekanntlich liegt der Sanitätsinspektion in England ein Theil der Aufgaben der Gewerbeaufsicht ob, so unter Anderem die Inspektion der Werkstätten und Ladengeschäfte zc.

Weibliche Fabrikinspektoren und bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland. Die deutschen Frauenrechtlerinnen sollen bereits vor 20 Jahren für die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten eingetreten sein. Also behauptete wenigstens die langjährige Vorsitzende des „Allgemeinen Deutschen Frauenvereins“, Frl. Auguste Schmidt, in dem Vortragsabend zu Leipzig, wo die badische Fabrikinspektorin über die Gewerbeaufsicht durch Frauen sprach. Der frauenrechtlerischen Führerin ist mit dieser Behauptung ein arger Irrthum unterlaufen. Erst seit dem Jahre 1894 sind die Frauenrechtlerinnen in Aktion für die Anstellung von Fabrikinspektorinnen getreten. Ihr erster Vorstoß in dieser Richtung bestand in einer Petition des „Bundes Deutscher Frauenvereine“ an die Handelsminister der verschiedenen deutschen Bundesstaaten. 1894 begannen außerdem die Frauenrechtlerinnen, durch Vorträge, Artikel zc. in der Öffentlichkeit für die einschlägige Reform zu agitieren. Der Lösung gehorchend „Zimmer langsam voran“ humpelten sie, dem Krähwinkler Landsturm gleich, mit ihrem Eintreten für die Mitwirkung von Frauen bei der Gewerbeaufsicht gute 10 Jahre hinter der Sozialdemokratie drein. Seit Anfang der achtziger Jahre wurde die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren von den Genossinnen geheißt, welche in der jungen sozialistischen Frauenbewegung hervorragend thätig waren. Ganz besonders eifrig wirkte Genossin Thorer für die Forderung. In der Reichstagsession 1884/85 brachte die sozialdemokratische Fraktion einen Arbeiterschutzantrag ein, welcher die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten vorsah, die bis dahin von keiner bürgerlichen Seite verlangt worden war. Der Arbeiterschutzantrag der sozialdemo-

kratischen Reichstagsfraktion vom Jahre 1890 enthielt die gleiche Forderung. Auf den sozialdemokratischen Parteitagen zu Berlin (1892), Köln (1893) und Frankfurt (1894) gelangten Anträge zu Gunsten der weiblichen Gewerbeaufsicht zur Annahme. Bei den Reichstagsdebatten über die Berichte der Gewerbeinspektion traten die sozialdemokratischen Abgeordneten für die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren ein, noch ehe die Frauenrechtlerinnen für die Reform petitionirten. Auch im bayerischen und im sächsischen Landtag ging die erste sozialdemokratische Aktion der frauenrechtlerischen Petition voraus. Daß die deutschen Frauenrechtlerinnen so spät für die Anstellung weiblicher Gewerbeaufsichtsbeamten eintraten, ist erklärlich. Die bürgerliche Frauenbewegung verlor bald den demokratischen Zug, der ihren ersten Anfängen eigen gewesen war. Unter dem Einfluß der geschichtlichen Entwicklung und der dadurch bedingten sozialen und politischen Verhältnisse ward sie eine ausgesprochene „Damenbewegung“, welche vor Allem die Interessen der bürgerlichen Frauenwelt vertrat. Im wohlverstandenen Klasseninteresse der bürgerlichen Frauen, ja der gesamten bürgerlichen Gesellschaft sozialpolitische Forderungen zu Gunsten der „ärmeren Schwestern“ zu erheben, das verhinderte die Unkenntniß der einschlägigen Verhältnisse; das verwehrete die Verständnißlosigkeit gegenüber den sozialen und geschichtlichen Zusammenhängen; das verbot die schlotternde Furcht, der ausnahmegesetzlich geachteten Sozialdemokratie zugezählt zu werden. Zum Verständniß sozialpolitischer Reformen ist die bürgerliche Frauenbewegung vor Allem dadurch erzogen worden, daß ihre Thaten und Nichtthaten Gegenstand einer scharfen sozialistischen Kritik wurden und daß die proletarischen Frauen sich in reinlicher Scheidung von den Frauenrechtlerinnen trennten. Aber auch die ethische und die nationalsoziale Bewegung dürfen ihr gut Theil Verdienst an dem wachsenden sozialpolitischen Verständniß im frauenrechtlerischen Lager beanspruchen. Was insbesondere das frauenrechtlerische Eintreten für die Anstellung von Fabrikinspektorinnen anbelangt, so wurde es unter dem Eindruck der einschlägigen englischen Verhältnisse durch folgende Gründe bestimmt: Durch den Wunsch, die bürgerliche Frauenbewegung mittelst der Gefolgschaft der Proletarierinnen zu stärken. Durch das Bedürfnis, den bürgerlichen Frauen neue Thätigkeits- und Erwerbsgebiete zu eröffnen. Daß die Frauenrechtlerinnen noch heute das Amt der Fabrikinspektorin zum Theil unter dem letzteren Gesichtswinkel auffassen, das zeigt ein Umstand. Der „Allgemeine Deutsche Frauenverein“ beschloß auf seiner letzten Generalversammlung zu Eisenach, darum zu petitioniren, daß nur akademisch gebildete Damen als Fabrikinspektorinnen angestellt würden. Und in dem betreffenden Vortragabend zu Leipzig vertrat Frä. Schmidt die gleiche Forderung. Mit der Annahme dieses Begehrens, das sachlich durch nichts gerechtfertigt wird, haben wir uns bereits in Nr. 23 der „Gleichheit“ vom vorigen Jahre auseinandergesetzt. Die Behauptung aber von dem 20jährigen Eintreten der Frauenrechtlerinnen für die Anstellung weiblicher Gewerbeinspektoren sei durch die angeführten Thatsachen korrigirt. Jahrelang wurde von Seiten der Frauenrechtlerinnen systematisch todtschwiegen, daß die Sozialdemokratie die Anstellung von weiblichen Gewerbeaufsichtsbeamten forderte, daß ihre Vertreter in den gesetzgebenden Körperschaften bei jeder Gelegenheit für sie eintraten, daß insbesondere die Genossinnen für die Reform in den proletarischen Massen agitirten. Aber Thaten lassen sich auf die Dauer nicht todtschwiegen, sie zeugen für sich selbst. Nun sucht man im Lager der Frauenrechtlerinnen für die Damen wenigstens die Priorität des Forderens und Vorgehens zu retten. Diese Rettungsversuche können sich nicht auf die geschichtliche Wahrheit berufen. Was die Forderung weiblicher Fabrikinspektoren anbelangt, so haben die deutschen Frauenrechtlerinnen, wie die „Gleichheit“ bereits im Jahre 1895 schrieb, „nicht im Jahre 1894 Amerika entdeckt“.

Dienstbotenfrage.

Dienstbotenelend und Prostitution. In einer großen Dienstbotenversammlung, die neulich in Berlin tagte, führte Frau Regierungsrath Marquardt folgende Ziffern zur Charakterisirung des Dienstbotenelendes an: Die Gesamtsumme der in Berlin von März 1900 bis März 1901 unter Sittenkontrolle gekommenen Mädchen betrug 1689. Von diesen waren ihrem früheren Beruf nach:

- 379 Dienstmädchen (inkl. 36 Aufwärterinnen und 6 Köchinnen),
- 300 Arbeiterinnen (ehemalige Dienstmädchen),
- 176 Näherinnen (ehemalige Dienstmädchen),
- 171 Kellnerinnen (ehemalige Dienstmädchen),

1026 Dienstmädchen oder ehemalige Dienstmädchen;
663 Prostituirte aus anderen Berufen.

Frau Marquardt hat ihre Angaben durch Einblick in das statistische Material der Sittenpolizei gewonnen. Nach diesem amt-

lichen Zahlenmaterial waren also 60 Prozent der in einem Jahre neu in Berlin unter Sittenkontrolle gekommenen Mädchen aus dem Dienstbotenstand hervorgegangen. Dazu schreibt die nationalsoziale „Zeit“, der wir die vorstehenden Zahlen entnehmen: „Das ist ein erschrecklich hoher Prozentsatz, demgegenüber die landläufige Behauptung von dem besonderen sittlichen Schutz des Hauses für die dienenden Mädchen wenigstens für Berlin nicht mehr zu halten ist. Die Gründe dieser Erscheinung liegen offen zu Tage. In den großstädtischen Haushalten leben die Mädchen vereinzelt und ohne Familienanschluß allzu häufig ein freudeleeres Dasein. Der chronische Mangel an Freizeit und Freiheit, das Fehlen guter, zweckentsprechender Erholungs- und Vergnügungsmöglichkeiten, die rücksichtslosen, plötzlichen Entlassungen vor der sommerlichen Reisezeit, die hohen Miethpreise und Unterhaltungskosten während der Stellenlosigkeit, die besonderen Anforderungen, die der großstädtische Haushalt und der großstädtische Luxus an die Kleidung des Mädchens stellt, der Mangel jeglicher Fürsorge in Krankheitsfällen: das alles treibt die Dienenden häufig genug auf Abwege, selbst wenn angeborener Leichtsinns und Verführung das ihrige nicht hinzuthun. Daß aber alle anderen Berufsarten weit hinter den Prozentsatz der Dienenden zurückbleiben — auch die so viel verschrieenen Fabrikmädchen und Heimarbeiterinnen —, diese Thatsache beweist unwiderleglich, daß im System des modernen großstädtischen Hausdienstes Fehler liegen, die dringender Reform bedürfen.“ Stimmt!

Ueber den Werth der Organisation der Dienstboten sprach Genoffin Zeppler lezhin in einer Versammlung des „Ver eins von Dienstherrschaften und Dienstangestellten“ zu Berlin. Die Vortragende verwies auf die Ursachen, welche das späte Eintreten der Dienstboten in die allgemeine Bewegung der arbeitenden Klassen erklären. Die lange Zeit der fast slavischen Dienstbarkeit, aus der ehemaligen Hörigkeit und Sklaverei hervorgegangen, die gewohnte Unterwürfigkeit in Wort und That macht es dieser Klasse doppelt schwer, ihre Ansprüche zu verfechten. Die Abschaffung der veralteten Gesindeordnung ist kein Ziel, kaum ein Anfang für eine große Bewegung, die sich würdig der allgemeinen befreienden Arbeiterbewegung eingliedern soll. Die Abschaffung aller der zahlreichen Unbilden, unter denen die häuslichen Bediensteten leiden, die theilweise wahrhaft grauenvollen Zustände, welche sich in der häuslichen Stille und Enge verdecken, ist die nächste Aufgabe einer Organisation der Dienstboten, welche nicht eifrig genug gepflegt werden kann. An ihr ist es dann, die rastlose Agitation zu entfalten, deren Erfolge dem Verein stets neue einsichtsvolle Mitglieder zuführen wird. Da jede Organisation nur durch die imponirende Zahl der entschlossenen Anhänger wirken kann, ist die Anwerbung dieser Kampfgenossen Pflicht aller Derer, welcher der sozialen Noth der Dienstangestellten ein Ende machen wollen. Auf eine höhere Stufe wird der dienende Stand gehoben werden, wenn die unbegrenzte persönliche Dienstbarkeit aufhört, die einem fortgeschrittenen sozialen Empfinden nicht entspricht. Eine nach Tagen und Stunden bezahlte Lohnarbeit, wie sie in verwandten Berufen schon gebräuchlich ist, würde eine sehr günstige Wirkung ausüben. Wenn auch über den weitergehenden Forderungen die Einigkeit zwischen Herrschaften und Dienenden in die Brüche gehen muß, so ist das kein Grund, nicht alle Hebel anzusetzen zur Erreichung des ersehnten Zieles — ein menschenwürdiges Dasein sich zu erkämpfen. Die Ausführungen der Referentin fanden begeisterten Beifall. In der Diskussion wurden folgende Beispiele von der Reformbedürftigkeit der Dienstverhältnisse vorgeführt. Die Vorsitzende des Vereins, Frau Deutsch, betonte die nothwendige Hilfe der Gesetzgebung zunächst für folgende drei Punkte: Abschaffung der Gesindeordnungen; Entscheidung von Streitfragen zwischen Dienstangestellten und Herrschaften durch die Gewerbegerichte; obligatorischer Fortbildungsunterricht für Mädchen. Von anderer Seite wurde dagegen die Nothwendigkeit gesetzgeberischer Hilfe bestritten. Im Schlußwort führte die Referentin sehr zutreffend aus, daß Selbsthilfe und Staatshilfe durch die Gesetzgebung sich nicht widersprechen, sondern sich nothwendig ergänzen. Das geforderte Gesetz ist der Ausdruck des Willens der Organisation. Das arbeitende Volk schafft sich durch Selbsthilfe und Staatshilfe Vorbedingungen für die Herbeiführung höherer Formen des sozialen Daseins.

Sozialistische Frauenbewegung im Auslande.

Die Betheiligung der Landarbeiterinnen an der sozialistischen Bewegung in Italien ward durch den „Kongreß der organisirten Landarbeiter“ erwiesen, der Ende November in Bologna tagte. Unter den mehr als 900 Delegirten, welche zusammen 704 Gewerkschaften mit 144178 Mitgliedern, der Mehrzahl nach Landarbeiter, vertraten, befanden sich etwa 60 Frauen. Die meisten weiblichen Delegirten waren Reisarbeiterinnen, die zum Theil

von Arbeiterinnengewerkschaften, zum Theil von gemischten Gewerkschaften entsendet worden waren. Der Kongreß stellte sich in einer Resolution, die gegen die Stimmen weniger bürgerlichen Republikaner zur Annahme gelangte, entschieden auf den Boden des Sozialismus. Die weiblichen Delegirten nahmen regen, thätigen Antheil an den Kongreßverhandlungen. Die Genossinnen Andalo, Bassoli, Morganti, Cocchi und Incerti erstatteten unter stürmischem Beifall Bericht über die Lage der Reisarbeiterinnen ihrer Heimath, sowie über den Stand und die Aktion ihrer Gewerkschaften. Daß die Organisation aufs Festigste nicht bloß von den Arbeitgebern bekämpft wird, sondern auch von den Geistlichen, meldeten fast alle Reisarbeiterinnen. Genossin Bassoli berichtete, daß in ihrer Gegend dank der Gewerkschaft die Löhne der Arbeiterinnen von 70 und 80 Centesimi auf 1,15 Lire gestiegen sind. Ähnliche Erfolge erzielte die Organisation der Reisarbeiterinnen ohne Kampf, durch friedliche Verhandlungen in anderen Orten. In manchen Gemeinden konnten dagegen verbesserte Arbeitsbedingungen nur durch einen Streik erzwungen werden, der dank der Organisation siegreich verlief. Sämmtliche Rednerinnen betonten stark ihre sozialistische Ueberzeugung. Der „Avanti“, das Zentralorgan der italienischen Sozialisten, rühmt von den Ausführungen der ländlichen Genossinnen, daß sie „eine geistige Reife bekundeten, welche hinter derjenigen ihrer Brüder der Plage nicht zurückstand“. Dem Antrag der Genossin Altobelli entsprechend nahm der Kongreß einen Antrag an, welcher wirksamen gesetzlichen Schutz zu Gunsten der ländlichen Arbeiterinnen und Kinder fordert. Genossin Lippardini, eine Reisarbeiterin aus Molinella, wurde in den Zentralrath des „Bundes der Landarbeiter“ gewählt.

Frauenstimmrecht.

Die ersten Frauen als Mitglieder der Kommunalvertretung einer europäischen Hauptstadt sind kürzlich in Christiania gewählt worden. Aus den letzten Stadtverordnetenwahlen daselbst gingen 2 konservative, 2 sozialdemokratische und 2 „unpolitische“ Frauen als Gemeindevertreterinnen hervor. Die beiden „parteilosen“ weiblichen Stadträte bilden eine eigene Fraktion. Neben den 2 konservativen Frauen wurden noch 46 konservative Männer, neben den 2 Sozialdemokratinnen 12 Sozialdemokraten gewählt. Der Stadtverordnetenversammlung der einzigen europäischen Hauptstadt mit weiblichen Mitgliedern gehören außerdem 16 Radikale, 14 Vertreter demokratischer Arbeiterorganisationen und 2 Vertreter des Mäßigkeitsvereins an. Die gewählten Sozialdemokratinnen sind: Frau Margarethe Ström, eine sehr tüchtige Volksschullehrerin, und Frau Martha Tynäs, Vorsitzende der „Sozialdemokratischen Frauenvereinigung“, welche die sozialistische Agitation unter den Frauen leitet. Genossin Tynäs hat auf dem letzten Kongresse der norwegischen Sozialisten über die Frauenfrage referirt. Daß eine Volksschullehrerin erklärte Sozialdemokratin ist und als Vertreterin der Partei „des Umsturzes“ in den Gemeinderath der Hauptstadt gewählt wird, erscheint sicherlich jedem gesinnungstüchtigen deutschen Gemüthe als der Anfang des „Weltuntergangs“. In Deutschland, der „frommen Kinderstube“, wo nicht einmal Privatdozenten eine persönliche politische Meinung haben dürfen — siehe die lex Arons — darf sich keine Volksschullehrerin den Luxus einer öffentlich bekundeten sozialistischen Ueberzeugung gönnen, wenn sie nicht die sichere Maßregelung herausfordern will. — Auf der Liste der „unpolitischen“ Frauenrechtlerinnen wurden gewählt: Frä. Anna Hossen, ebenfalls eine Volksschullehrerin, und Frau Ragna Nielsen. Erstere soll eine sehr begabte, energische und schlagfertige Dame sein und erhielt Staatsstipendien, um das Schulwesen in der Schweiz, Deutschland und Oesterreich zu studiren. Frau Nielsen beschäftigt sich seit Jahren mit öffentlichen Angelegenheiten und nimmt hervorragenden Antheil an dem Kampfe für Frauenrechte. Als konservative Gemeindevertreterinnen ziehen in das Rathhaus ein Frau Sophie Borchgrewink, Vorsteherin der „Industrieschule für Frauenarbeit“ zu Christiania und Frä. Heyerdahl, Volksschul- und Seminarlehrerin. Auch diese beiden Damen sollen sehr begabt und tüchtig sein. Die Liberalen hatten ebenfalls Frauen auf ihre Kandidatenliste genommen, doch standen ihre Namen so weit unten, daß sie nicht mitgewählt wurden, so wird wenigstens behauptet. Daß in anderen Gemeinden Norwegens 10 Frauen in die Kommunalvertretung gewählt worden sein sollen, hat die „Gleichheit“ bereits in Nr. 25 und 26 des letzten Jahrgangs mitgetheilt.

Frauenbewegung.

Frauenrechtlerische Halbheit und Zersahrenheit. Aus Berlin wird uns die Rede zugesandt, welche Frä. Dr. Stöcker in der frauenrechtlerischen Protestversammlung vom 18. Mai 1898 gegen die

Haltung des Abgeordnetenhauses und der Regierung in der Frage der Mädchengymnasien gehalten hat. Hier hat sich die Rednerin ganz nebenbei für die „langersehnte Einheitschule“ ausgesprochen. Dieser beiläufige Stoßseufzer größerer sozialer Einsicht schmälert auch nicht um ein Jota die Berechtigung der Kritik, die wir in Nr. 24 v. J. an der Behandlung der Frage „Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter“ auf dem Verbandstag der fortschrittlichen Frauenvereine geübt haben. Wohl aber bestätigt er in erfreulicher Deutlichkeit, wie zutreffend unsere allgemeine Werthung der Entwicklung im frauenrechtlerischen Lager ist. Der Ruf nach der „langersehnten Einheitschule“ ist das persönliche Gebet einzelner Frauenrechtlerinnen geblieben, er ist jedoch im Verlaufe von fast 2 1/2 Jahren nicht zu einer Programmforderung der frauenrechtlerischen Organisationen geworden. Halbheit und Zersahrenheit, dein Name ist deutsche Frauenrechtelei!

Die Prüfung für Ausstellung in kommunalen Aemtern in Washington haben 77 Prozent der beteiligten Frauen und 62 Prozent der männlichen Bewerber bestanden.

Adressen der weiblichen Vertrauenspersonen.

Altona: Frau v. Hollen, Stuhlmannstr. 8 I.
Auerbach i. V.: Frau Fleischer.
Baumschulenweg bei Berlin: Frau Micky, Marienthalerstr. 13 I.
Berlin: Frau Bengels, Gr. Frankfurterstr. 133.
Berlin: Frau Dr. Weyl, Lotzringstr. 67.
Bremen: Frau Aug. Vosse, Kornstr. 152.
Dresden und Umgegend: Frau W. Röhler, Mickten bei Dresden, Herbststr. 1 II.
Düsseldorf: Frau Kunigunde Weiß, Oberstr. 71 II.
Elbing: Frau Joh. Stamm, Leichnamstr. 43 a.
Gera: Frau Seinitz, Teichstr. 39.
Görlitz: Frau Gregor, Pragerstr. 53.
Grünhof-Lesperhude, Kreis Lauenburg: Frau E. Appelt.
Halberstadt: Frau Emma Schulze, Kullstr. 31.
Hamburg: Frau Louise Zieh, Schwabenstr. 56 IV.
Kirchberg i. V.: Frau Rißmann.
Köln a. Rh.: Frau Zeise, Perlengraben 59 IV.
Königsberg: Frau Aug. Nowagroski, Unter-Vaal 20.
Leipzig: Frau Frenzel, Sundersorferstr. 19.
Lengsfeld i. V.: Frau Bauer.
Memel: Frau Treptau, Friedrich Wilhelmstr. 12/13.
Mylau i. V.: Frä. Martha Pfortner, Friedhofstr. 91 d.
Nehschkau i. V.: Frau Hulda Pehold, Mühlstr. 37.
Nieder-Schönweide: Frau M. Hofmann, Hasselwerderstr. 4.
Oberreichenbach i. V.: Frau Ludwig, Oberreichenbacherstr. 106 d.
Offenbach a. M.: Frau Tröger, Gr. Marktstr. 25.
Ottenfen: Frau Wartenberg, Schulstr. 11, Hof II.
Pankow: Frau Werner, Berlinerstr. 78.
Preeß i. Holf.: Frau Elis. Flenker, Löbtinerstr. 180 II.
Reichenbach i. V.: Frau Pauline Göckritz, Wiesenstr. 50.
Rixdorf: Frau Seebe, Steinmehstr. 120.
Rottschau i. V.: Frau Hulda Trommer.
Rostock: Frau Bugdahn, Margarethenstr. 31 II.
Schöneberg: Frau Mailing, Gothenstr. 50.
Tempelhof: Frau Thiel, Friedrich Wilhelmstr. 17. (Kreisvertrauensperson.)
Wandsbeck: Frau Ewers, Georgstr. 11.
Weißensee: Frau Minna Krause, Leberstr. 95 III.
Wilmsdorf: Frä. Ida Ullmann, Pfalzburgerstr. 53.
Wismar i. M.: Frä. Thon, Weberstr. 10.

Offilie Baader, Zentralvertrauensperson,

Berlin W., Groß-Görschenstraße 38,
zweiter Hof rechts, 3 Tr.

Quittung.

Für den Agitationsfonds der Genossinnen gingen bei der Unterzeichneten vom 27. August bis 17. Dezember ein: Aus Rostock durch Frau Bugdahn 10,20, Berlin durch Gen. Miesch 145 Mk., Tempelhof 15 Mk., Hamburg durch Gen. Zieh 20 Mk., Reichenberg, Mylau und Nehschkau durch Genossin Meyer 10,40 Mk.; durch Genossin Zetkin Beitrag einer stillen Genossin 100 Mk.; durch Genossin Hofmann-Berlin 20 Mk.; aus Wismar i. M. durch Gen. Zieh-Hamburg 4 Mk.; aus Lengsfeld durch Genossin Bauer 3 Mk. Summa 327,60 Mk.

Dankend quittirt:

Offilie Bader, Vertrauensperson der Genossinnen Deutschlands,
Berlin W., Groß-Görschenstr. 38, II. Hof rechts, 3 Tr.